sich um sächsische Interessen handelte, der Herr Geheimrat Dr. Fischer. (Sehr richtig! links.) Weshalb konnten die preußischen Herren Minister am 19. Januar nicht ebenso handeln? Sie waren ja vorher von der Sache benachrichtigt. Auf jeden Fall, fährt Redner fort, müssen wir uns dagegen verwahren, daß bei uns in Deutschland eine Spionage geübt werde, die von Rußland ausgehe, eine Ueberwachung, die manchmal auch ganz harmlose Leute treffe. Unser ganzes Ausweisungswesen sei ein Stück alter Barbarei. Ein Einschreiten im Interesse des Nachbarstaates dürfte doch erst statthaft sein, wenn es sich wirklich um Umsturztaten handelt, und nicht um bloße Redensarten. — Abg. Sattler (nat.-lib.) stellt fest, von den Sozialdemokraten seien keine Punkte an Beweisen erbracht worden, weder, daß bei uns ausländische Beamte amtliche Handlungen vornahmen, noch auch, daß jene Agenten verbrecherische Handlungen vorgenommen hätten. Dabei habe sich die Verwaltung alle Mühe gegeben, den Einzelfällen nachzugehen, sie sei aber dabei von der anderen Seite nicht einmal unterstützt worden. Mit Terroristen wolle mit Recht kein Staat etwas zu tun haben. Schergendienste habe Deutschland dem Nachbarstaate nicht geleistet. Die Regierung habe die Sache durchaus aufgeklärt; es sei überall nach Recht und Gesetz gehandelt worden. — Abg. Spahn (Zentr.) würde es als einen guten Erfolg der Verhandlungen ansehen, wenn sie zu einem Auslieferungsvertrage zwischen dem Reiche und Rußland führen würden, dessen Inhalt sich aber nicht mit dem preußischen Auslieferungsvertrage decken dürfte, sondern den Verträgen, wie es in zivilisierten Nationen üblich seien, entsprechen müsse. — Abg. Bebel (Soz.) erwartet, daß die Geschichte den Sozialdemokraten Recht gebe. Auf dem Justizminister bleibe jedenfalls der Vorwurf haften, daß er im Abgeordnetenhause aus den Akten Dinge vorgetragen habe, die in dem Königsberger Prozesse Angeklagte belasten mußten. Auch mußten seine Ausführungen unbedingt die Richter beeinflussen. Minister Schönstedt habe sich auf Beamte des „Vorwärts" berufen, die den Schriftenschmuggel begünstigt hätten. Jeder Sozialdemokrat wisse aber, daß die Sozialdemokratie den Terrorismus, den Mord, verwerfe. Die Betreffenden hätten also jedenfalls die Schriften für sozialdemokratische gehalten. Wenn nicht, hätte einer von den Betreffenden den Inhalt der Schriften gekannt, so würde er morgen aus der Partei herausfliegen. (Heiterkeit rechts.) Die Regierung gebe sich, dabei bleibe es, zu Schergendiensten für Rußland her. Ueber das, was seine Freunde hier vorgebracht hätten, werde eine wirkliche Untersuchung überhaupt nicht angestellt. Staatssekretär v. Richthofen habe am 19. Januar u. a. von der freien Liebe unter den russischen Studentinnen gesprochen. Man möge doch an Forbach, Pirna, an das Buch des Grafen Baudissin denken. Wenn alle ausgewiesen werden sollten, die in unseren westlichen Vororten, überhaupt im Westen Berlins, im Verhältnis der freien Liebe lebten, wie manche Villa würde da leer stehen. (Große Heiterkeit.) Weiter verbreitet sich Redner über russische Despotie und Gewalttätigkeit. Die Sozialdemokraten würden fortgesetzt die preußische Politik der Liebedienerei gegen Rußland brandmarken, und damit die Ehre und die Würde Deutschlands wahren. (Lachen rechts.) Diese Zustände, die die Mißbilligung jedes verständigen Menschen finden (Unruhe), müssen aufhören, wenn nicht unter diesem, so hoffentlich unter einem anderen Reichskanzler. — Reichskanzler Graf Bülow: Ich habe das Krankenzimmer verlassen, um mich hier über das auszusprechen, was Sie eben von Herrn Bebel gehört haben. Ich glaube, alle Regierungen haben sich gegenüber der anarchistischen Propaganda gegenseitig zu unterstützen. Der Anarchismus muß bekämpft werden, gerade wie jede andere Pest. Redner erinnert an die vielen, im Laufe des letzten Jahrzehnts stattgehabten anarchistischen Ermordungen von Staatsoberhäuptern und leitenden Staatsmännern, auch an die Ermordung der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, und fährt fort: Alle diese sind dem Messer elender Mordbuben zum Opfer gefallen, und da sollen wir den anarchistischen Bestrebungen gleichgültig zusehen? Nein, meine Herren! Die Zulassung russischer Agenten bei uns ist immer nur eine widerrufliche. Die Agenten haben sich auf die Beobachtung russischer Staatsangehöriger zu beschränken. Sie müssen sich innerhalb unserer gesetzlichen Grenzen halten. Sie dürfen keine obrigkeitliche oder obrigkeitähnliche Befugnis ausüben, auch wird ihre Tätigkeit von den deutschen Behörden fortgesetzt überwacht. Im Rahmen dieser Einschränkungen liegt der Zulassung der russischen Agenten nichts im Wege. Sie ist ein Akt der Notwehr gegen Bestrebungen, die jede staatliche Ordnung bedrohen. Es ist gesagt worden, ich hätte Dinge getan, welche unsere nationale Würde verletzt haben (Rufe links: Sehr richtig.) Ihr „Sehr richtig" macht keinen Eindruck auf mich, denn auf nationalem Gebiete halte ich die Sozialdemokratie nicht für zuständig. (Lebhafter, anhaltender Beifall rechts.) Der Reichskanzler tritt dann der Behauptung entgegen, daß er von der Praxis des Fürsten Bismarck abgewichen sei, und weist dies aus verschiedenen Reden usw. des Fürsten Bismarck nach. Dann fährt er fort: Seit fünf Jahren sind von uns überhaupt nur drei russische Staatsangehörige an Rußland ausgewiesen worden. Es waren zweifellos Anarchisten, die wir selbst nicht behalten konnten, und die wir auch über andere Grenzen, als über die russische, nicht abschieben konnten. Die an dem Schriftenschmuggel beteiligten Personen gehören alle der sozialdemokratischen Partei an. (Hört, hört!) Unter den Schriften befinden sich anarchistische terroristische Brandschriften übelster Art. Bebel sagte, diese Schriften wären von raffinierten Spitzeln ganz harmlosen Genossen (Heiterk.) untergeschoben worden. Meinen Sie, Herr Bebel, daß ich Ihnen das glauben soll? Nein! Das macht auf mich nur denselben Eindruck, wie das Märchen vom Kaiserschloß. (Heiterkeit.) Nächstens werden wir noch zu hören bekommen, daß das Plätschern in Ihrem Jungbrunnen von mir angestiftet worden sei. (Heiterkeit.) Jedenfalls ist der Schmuggel durch Leute erfolgt, die in sehr naher Geschäftsbeziehung zu Ihrer Partei stehen. (Rufe: Nicht wahr!) Es wurde gesagt, es sei schwierig, zu definieren, was Anarchismus sei. Theoretisch ist das vielleicht schwer, aber in der Praxis nicht. Alle die Stellen, die der Herr Justizminister Ihnen verlesen hat, sind sicher anarchistische. Unsere deutschen Behörden können den russischen zu Hilfe kommen, lediglich soweit es der Zweck erheischt, namentlich die Bekämpfung des Anarchismus. Von Maßnahmen gegen liberale preußische Staatsangehörige ist keine Rede und keinem russischen Studenten, der sich ruhig seinem Studium widmet, wird etwas in den Weg gelegt, aber die Bestimmungen darüber, was bei uns Fremde tun und nicht tun dürfen, steht der Landesregierung zu, nicht fremden Nihilisten oder ihren Beratern von der sozialdemokratischen Partei. Wenn fremde Nihilisten sich bei uns mausig machen, wie die Herren Mandelstamm und Silberfarb (Heiterkeit), so werden sie ausgewiesen. Kein anderes Land duldet solchen Unfug. Der Zweck der Bebelschen Ausführungen war, uns mit Rußland zu verhetzen und einen Revolutionskrieg zu entfesseln. Herrn Bebels Leibjournalist, Herr Kautsky, der beiläufig zu Herrn Bebel so steht, wie etwa in Spanien der Großinquisitor zum König stand (Heiterkeit) und mit einem Stock auf die zeigte, die verbannt werden sollen (Heiterkeit), hat sich in einem Artikel in der „Neuen Zeit" deutlich genug geäußert. Der Artikel weist ausdrücklich hin auf die Rückwirkung eines revolutionierten Rußlands auf Europa. Der Artikel schließt, es sei nicht unmöglich, daß schon aus diesen Kämpfen in Rußland sich eine herrschende Stelle des Proletariats zu Rußland ergibt. Also darum sollen wir den Nihilisten erlauben, daß sie bei uns in Deutschland gegen Rußland komplizieren, nein, das werden wir nicht dulden, wir werden es verhindern, daß bei uns Machinationen gegen Rußland betrieben werden. Wir werden, unbekümmert um die sozialdemokratischen Quertreibereien, die vertrauensvollen Beziehungen aufrecht erhalten, die uns mit Rußland verbinden. (Lebhafter Beifall.) — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) wendet sich gleichfalls scharf gegen die sozialdemokratischen Auslassungen. Von den sozialdemokratischen Behauptungen sei auch nicht ein Punkt unwiderlegt geblieben. — Abg. Haase (Soz.) hält dagegen wieder alles aufrecht und ironisiert den Reichskanzler als modernen Mann, der die Politik der Liebedienerei gegen Rußland, die uns Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben müsse, fortsetze. — Justizminister Schönstedt und Minister Freiherr v. Hammerstein treten einig den sozialdemokratischen Anführungen entgegen. — Staatssekretär v. Richthofen verweist u. a. darauf, daß auch in den Vereinigten Staaten von Amerika Anarchisten ausgewiesen würden. Jedenfalls werde die äußerste Linke damit rechnen müssen, daß sie eine zielbewußte Regierung vor sich habe. — Abg. Werner (Wirtsch. Ver.) ist von den Erklärungen des Reichskanzlers nach jeder Richtung hin befriedigt. — Abg. Haase (Soz.) sagt dem Minister v. Hammerstein rabulistische Verdrehungen seiner Worte nach, was Vizepräsident Dr. Paasche als unzulässig rügt. — Abg. Bebel behauptet, in Frankreich wäre eine solche Rede, wie die heutige des Reichskanzlers Bülow, nicht möglich gewesen, aber bei uns zeige sich auch in solchen Fällen immer noch die alte Bedientennatur. — Minister Freiherr v. Hammerstein erklärt dem Vorredner nochmals, daß alle seine Anklagen sich als unerwiesen und unbegründet herausgestellt haben. Damit endigt die Debatte und die Resolution der Sozialdemokraten betreffend Fremdenrecht wird abgelehnt. Schluß der Sitzung 7½ Uhr. — Morgen zunächst Justizetat, dann Ministeretat.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus überwies die Vorlage, die 15 Millionen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern in staatlichen Betrieben und von geringbesoldeten Staatsbeamten bereitstellt, an die Budgetkommission. Nachdem sich Redner verschiedener Parteien zu Gunsten der Vorlage ausgesprochen hatten, wurde der Bauetat beraten, wobei eine längere Debatte über die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen stattfand. Redner der Rechten und des Zentrums traten für Abgaben auf solchen Flüssen ein, auf denen die Fahrrinne künstlich verändert und erweitert worden ist, so insbesondere auf Rhein und Elbe. Die Redner der Linken sprachen im allgemeinen gegen Schiffahrtsabgaben. Weiterberatung morgen.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Das Reichsgericht verwarf die Revision der Nebenklägerin Schulz-Wandsbeck gegen das Urteil des Landgerichts in Altona vom 28. März 1903, durch das der Kapitän Sachs und der Steuermann Wahlen von der Anklage, den Untergang des Personendampfers „Primus", in der Nacht zum 21. Juli 1902 verursacht zu haben, freigesprochen wurden.

München. Kammer der Abgeordneten. Bei der Gesamtabstimmung über das Landtagswahlgesetz stimmten 156 Abgeordnete ab, davon 96 mit Ja, nämlich Zentrum und Sozialdemokraten; dagegen stimmten 60 Abgeordnete, nämlich Liberale und die Freisinnige Vereinigung, außer Lutz. Das Gesetz ist somit, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit fehlt, gefallen.

Wien. Der Kaiser empfing mittags den neuernannten japanischen Militärattaché Johoji in besonderer Audienz.

Wien. (Priv.-Tel.) Wie die „N. Fr. Pr." meldet, beschloß die Regierung, die Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät in Roveredo bei Trient.

Paris. Das Datum der Ankunft des Präsidenten Loubet in Rom ist offiziell auf den 24. April festgesetzt. Das Programm umfaßt den Besuch Loubets in Neapel.

Paris. Die Deputiertenkammer vertagte nach längerer Debatte mit 328 gegen 251 Stimmen auf Wunsch Combes' die Interpellation Jaures über den Stand der Marine, und beriet den Gesetzentwurf über das Verbot des Unterrichts der Kongreganisten. Die beantragte Vertagung wurde mit 323 gegen 240 Stimmen abgelehnt.

London. Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage bezüglich der gemeldeten Beschlagnahme dreier für Japan bestimmter englischer Kohlenschiffe durch russische Schiffe im Roten Meere sagte der Unterstaatssekretär Earl Percy, die Regierung habe noch keine Meldungen darüber erhalten. Die russische Regierung hat uns mitgeteilt, daß sie zur Zeit dabei sei, Regulative auszuarbeiten über Schiffe mit Kontrebande auf hoher See, Prisengerichte und ähnliche Dinge, und daß diese Bestimmungen in kurzem den Mächten mitgeteilt würden.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 206 40. Disconto 181.10. Dresdner Bank 143.—. Staatsbahn —.—. Lombarden 13 50. Laurahütte 212,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,— Türkenlose —,—. Schwach.

Paris. (3 Uhr nachmittag.) Rente 94,50. Italiener 98 50 Spanier 75 50. Neue Portugiesen 56.55 Türken (unific. Anleihe) 77,30. Türkenlose 111,20. Ottomanbank 538 —. Staatsbahn — —. Lombarden 18,50. Besser.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Februar 22. . per Mai-August 22 60, beh. Spiritus per Februar 45,—, per Septbr.-Dez. 35,—, matt. Rüböl per Februar 47,—, per September-Dezember 50,—, matt.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per Februar —,—, per April —,—. Roggen per Februar —,—, per April —,—. Geschäftslos.

London. (Produktenbericht.) Engl. Weizen fest, ½ Sh. höher, fremder ruhig bei kleinem Geschäft, amerikanischer Mais träge, ¼ Sh. niedriger, Donauer flau englisches Mehl fest, 1 Sh. höher, amerikanisches geringe Nachfrage zu vorigen Preisen, Gerste flau, Hafer ruhig. — Wetter: Schnee.

Oertliches und Sächsisches.

— Gestern vormittag nahm Se. Majestät der König zunächst militärische Meldungen entgegen und empfing dann die Herren Staatsminister und den Königl. Kabinettssekretär zu Vorträgen. Um 12 Uhr erteilte Se. Majestät der Vorsteherin des Frauenvereins zu Bärenstein Frau Johanne v. Lüttichau geb. Freiin v. Falkenstein Audienz. Nachmittags 5 Uhr fand bei dem König eine weitere sogen. Staatsdienertafel statt, zu der nachstehende Herren mit Einladungen ausgezeichnet worden waren: Staatsminister a. D. v. Nostitz-Wallwitz und der Kommandeur der 1. Division Nr. 23 Generalleutnant v. Broizem, Ministerialdirektor Geh. Rat Kirsch, Apostolischer Vikar Prälat Wuschanski, Geh. Rat Leonhardi, der Kommandeur der 3. Kavallerie-Brigade Nr. 32 Generalmajor Schmalz, Senatspräsident beim Oberlandesgericht Kurtz, Präsident der Brandversicherungskammer Dr. Bonitz, der Rektor der Technischen Hochschule Geh. Hofrat Prof. Lewicki, die Königl. Kammerherren Moritz Graf v. Wallwitz und v. Armin Planitz, Geh. Oberrechnungsrat Wahl, Geh. Justizrat Ortmann, Geh. Baurat Waldow, Geh. Regierungsrat v. Burgsdorff, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Geisel, die Regimentskommandeure Oberst v. Larisch und Oberstleutnant Richter und Geh. Regierungsrat Dr. Schmalz. Weiter von den Herren Mitgliedern der beiden Kammern der Ständeversammlung: Geh. Kommerzienrat Hempel, Herr v. Oppel auf Zöschau, Geh. Kommerzienrat Waentig, Gutsbesitzer Däbritz, Stadtrat Gräfe, Gutsbesitzer Held, Maschinenfabrikant Reinecker, Fabrikbesitzer Schneider und Stadtrat Teichmann.

— Bei Ihrer Majestät der Königin-Witwe fand vorgestern abend eine Soiree statt, zu der nachstehende Herrschaften mit Einladungen beehrt worden waren: der Russische Gesandte Baron v. Wrangel mit Gemahlin, der Oesterreichisch-Ungarische Gesandte Vetics v. Lászlófalva mit Gemahlin, Frau v. Beaulieu-Marconnay geb. Freiin v. Fritsch, der Königl. Oberstallmeister v. Haugk und Gemahlin, der Hofmarschall des Prinzen Johann Georg v. Mangoldt-Reiboldt und Gemahlin, der Königl. Kammerherr Graf von Einsiedel-Lipitsch und der preußische Legationssekretär Graf v. Wedel mit Gemahlin.

— Ihre Majestät die Königin-Witwe, Ihre Königl. Hoheiten Prinz Johann Georg und Prinzessin Mathilde besuchten den Kunstsalon Emil Richter (Prager Straße), um in der soeben eröffneten Ausstellung die Werke von Professor Gustav Schönleber, Jules Lugan und Richard Heinmann zu sehen.

— Se. Königl. Hoheit der Kronprinz wohnte gestern vormittag von 9 Uhr an der Rekrutenbesichtigung beim 2. Bataillon des Leib-Grenadier-Regiments im Gelände zwischen Trachau, Radebeul und Kaditz bei.

— Der Kronprinz leistete gestern abend einer Einladung zum Diner beim preußischen Gesandten Grafen von Dönhoff Folge.

— Finanzminister a. D. v. Watzdorf †. Im 68. Lebensjahre ist gestern nachmittag ¼6 Uhr Herr Staatsminister a. D. v. Watzdorf hier verstorben. Schon seit längerer Zeit kränkelte der Dahingeschiedene an Alterserscheinungen (Arterienverkalkung); in den letzten Tagen war der Zustand ernstlich gefahrdrohend geworden; seit zwei Tagen hatte der Kranke das Bewußtsein nicht wieder erlangt. Der Verstorbene wurde am 19. Dezember 1836 geboren. Nach einer gründlichen Gymnasialbildung und nach Vollendung des juristischen Studiums widmete sich v. Watzdorf einem vierjährigen Vorbereitungsdienste im Bezirksgericht Bautzen, in der Kreisdirektion daselbst und den Amtshauptmannschaften Bautzen und Löbau. 1863 und 1864 war v. Watzdorf bei den Gesandtschaften in München und Paris attachiert, und dann 1865 bis zum Ausbruche des Krieges 1866 Legationssekretär bei der sächsischen Gesandtschaft in Berlin. 1866 während des Krieges wurde v. Watzdorf als Privatsekretär zu Sr. Majestät weiland König Johann bis zu dessen Rückkehr nach Pillnitz befohlen. Während dieser Zeit wurde Herr v. Watzdorf zum Regierungsrat befördert. Als solcher war er vom 1. Januar 1867 bis 1870 im Ministerium des Innern angestellt. In diesem Jahre erfolgte die Berufung in das Ministerium der äußeren Angelegenheiten, und daselbst erhielt er 1872 den Titel eines Geheimen Legationsrates. Während der Zeit von 1881 bis 1889 bekleidete er in der Regel Sr. Majestät den König auf Reisen in das Ausland, um Vortrag über Regierungsangelegenheiten zu erstatten. Vom Jahre 1880 an war er auch stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrate. 1889 wurde v. Watzdorf zum Oberhofmeister Ihrer Majestät der Königin und zum Königl. Kämmerer ernannt und erhielt 1892 den Titel eines Wirklichen Geheimen Rates. Im Januar 1895 übernahm der Verstorbene das Finanzministerium, welchem er bis zum Februar 1902 vorstand. Die Verhältnisse, welche zu seinem Sturze vor zwei Jahren geführt haben, sind noch zu frisch in aller Gedächtnis, als daß es notwendig erscheine, sie jetzt wiederum in Erinnerung zu bringen. Ueber seine Wirksamkeit als Finanzminister sind in der Oeffentlichkeit einstimmig scharfe Verurteilungen ergangen, die in dem schlimmen Zustande, in welchen die sächsischen Finanzen unter seiner Leitung geraten waren, ihre Begründung fanden. So unabänderlich aber auch diese Beurteilung seiner Ministertätigkeit feststeht, so zweifellos hat er sich bei allen seinen Beamten und allen denen, die jemals mit ihm beruflich oder gesellschaftlich in Berührung gekommen sind, das Andenken an einen überaus wohlwollenden Vorgesetzten und liebenswürdigen Menschen für alle Zeiten gesichert. — Minister v. Watzdorf war verheiratet mit einer Freiin v. Könneritz, einer Schwester der Frau Minister v. Metzsch. Er hinterläßt mehrere Söhne.

— Von verschiedenen hiesigen und auswärtigen Blättern ist in letzter Zeit „ein allerliebstes kleines Geschichtchen" kolportiert worden, nach welchem die Königl. Hofschauspielerin Frl. Serda beim letzten Wohltätigkeitsbasar im Königlichen Schlosse beim Verkaufsgeschäft mitgewirkt und bei dieser Gelegenheit in näheren Verkehr mit den Kindern Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen getreten sei, was den Anlaß gegeben hätte, die Künstlerin zu der darauffolgenden Soiree bei dem Kronprinzen zu einer künstlerischen Produktion einzuladen. Von einem Blatte werden an die angeblichen Vorgänge alle möglichen Betrachtungen geknüpft, deren Tendenz nicht zu verkennen ist. Zur Widerlegung der verwirrenden Angaben erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte um Abdruck: „Hofmarschallamt Sr. Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Sachsen. Dresden, den 29. Februar 1904. Der geehrten Redaktion würde das Hofmarschallamt sehr verbunden sein, wenn sie zur Kennzeichnung des 1. Aufsatzes in der letzten Ausgabe der „Rundschau" darauf hinweisen würde, daß der fragliche Wohltätigkeitsbasar im Königlichen Schlosse am 6. und 7. Februar, die erwähnte Soiree bei Sr. Königlichen Hoheit dem Kronprinzen aber bereits am 25. Januar, also vor dem Basar, stattgefunden haben. Wenn sonach schon die falschen Zeitangaben die fragliche Darstellung in der „Rundschau" als Erfindung kennzeichnen, sei zur Bestätigung dessen noch bemerkt, daß bei dem Basar Mitglieder des Königl. Hoftheaters nicht mitgewirkt und daß die jungen Prinzen an den Soireen nicht teilgenommen haben. In vorzüglicher Hochachtung v. Criegern."

— Die Medizinische Gesellschaft in Leipzig, deren Vorsitzender Geheimrat Prof. Dr. Curschmann ist, hat die Herren Generalarzt à la suite Hofrat Dr. Credé und Hofrat Dr. Unruh in Dresden zu korrespondierenden Mitgliedern ernannt.

— Der Assessor beim Amtsgericht Plauen Dr. Laue ist vom 1. April ab zum Amtsrichter beim Amtsgericht Schneeberg ernannt worden.

— Der Bankier Charles Walter Valmis in Dresden ist zum britischen Vizekonsul ernannt worden.

— Dem heute in den Ruhestand tretenden Gängeteiger Lange in Linda ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

— Am 1. März sind es 25 Jahre, daß der Vizekonsul Herr Professor Baron G. von Locella beim hiesigen italienischen Konsulat in Tätigkeit ist. Er hat sich stets mit voller Hingabe seinem Berufe gewidmet, und es ist ihm die volle Würdigung sowohl seitens seiner vorgesetzten Behörden als auch seitens der hiesigen italienischen Kolonie, welcher er stets ein treuer Freund und Berater war, zu teil geworden. Dem Jubilar sind aus Anlaß seines Jubiläums von seinem Könige das Offizierskreuz des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens und vom König Georg das Offizierkreuz des Albrechtsordens verliehen worden.

— Am Sonnabend abend ist hier nach langen Leiden der Oberjustizrat Herrmann Benjamin Rosenmüller, Oberamtsrichter a. D., im 82. Lebensjahre gestorben.

— Der Wille der sozialdemokratischen Partei hat im 20. Reichstagswahlkreise Zschopau-Marienberg den Sieg davongetragen. Allerdings haben sich nicht die nach der Freiheit ihres Willens lüsternen „Genossen" des Kreises gefügt, sondern Göhre selbst, den man gegen die Parteiordre als Kandidaten haben wolle, hat sich gebeugt und ist, um die Zuchthausdisziplin der Sozialdemokratie nicht weiter in Versuchung zur bringen, von der Kandidatur zurückgetreten. Dies ist das Resultat der Versammlung, die am Sonntag zur nochmaligen Besprechung des offenen Konfliktes zwischen den Anhängern Göhres und der Parteikomitees in Gelenau stattgefunden hat. Die Versammlung war stark besucht; 36 Orte waren vertreten. Nach Erledigung der Bureauwahl wurde zunächst vom Vorsitzenden das Verhalten der Parteiinstanzen scharf kritisiert, besonders über das Chemnitzer Agitationskomitee entlud sich sein Zorn. Dann erhielt Göhre, der bei seinem Erscheinen mit brausenden Hochs empfangen worden war, das Wort. In ¾stündiger Rede legte er die Verhältnisse, wie sie sich entwickelt haben, klar und dankte den Genossen des 20. Wahlkreises, daß sie den Mut gehabt, ihm die Kandidatur anzutragen, trotz der Vorgänge, die sich an seine Person knüpften. Jedoch habe er den unerschütterlichen Entschluß gefaßt — wenn auch mit schwerem Herzen — die Kandidatur abzulehnen und zwar im Interesse der Einigkeit der Partei. Starker, beinahe einstimmiger Protest erscholl aus der Versammlung, die erst nach zweistündiger Debatte sich dazu verstand, an Stelle Göhres den von ihm selbst vorgeschlagenen Photographen Pinkau-Leipzig mit 25 Stimmen von 36 (es wurde nach Ortschaften abgestimmt) als Kandidaten aufzustellen. Göhre bleibt bis zum Wahltage im Kreise, um für die Wahl Pinkaus zu agitieren. — Die stürmischen Verhandlungen in Gelenau, wo es sich schließlich um nichts anderes handelte, als um die Vergewaltigung der sozialdemokratischen Wählerschaft des Kreises durch die Partei, müssen übrigens den Herren Genossen arge Kopfschmerzen bereitet haben. Läßt sich ja doch selbst das sozialdemokratische Dresdner Organ zu einem „objektiv" gehaltenen kurzen Bericht herbei, in dem u. a. aus der Rede des Vorsitzenden der Versammlung die denkwürdigen Worte angeführt werden: „Das Verhalten der Parteiinstanzen sei gleichbedeutend mit der Diktatur!" — Hoffentlich kommen recht bald auch Genossen anderer Kreise zu diesem für die nationalen Parteien längst feststehenden Weisheitsschluß!

— Aus hiesigen hochangesehenen Handels- und Gewerbekreisen, die sich durch die hier in Dresden geplante Umsatzsteuer in ihrer Existenz geradezu bedroht sehen, geht uns folgende Zuschrift zu: „Schon seit mehr als fünf Jahren plant man in Dresden die Einführung einer Gewerbesteuer, die, wie man hört, nun endlich aus einer Kommission heraus den Stadtverordneten als eine Umsatzsteuer für Großbetriebe, Warenhäuser und Zweiggeschäfte im Kleinhandel präsentiert werden soll. Fünf lange Jahre mußten die Dresdner Handel- und Gewerbetreibenden mit dem Entweder—Oder der Einführung dieser Steuer als mit einem beunruhigenden Faktor rechnen: eine lange Spanne in unserer schnellebigen Zeit, in der schon heute das falsch ist, was gestern noch unter anderen Gesichtspunkten als wahr galt. So scheint man sich auch mit dem x. Entwurfe der neuesten Gewerbesteuerordnung nicht mehr so recht in die Oeffentlichkeit zu trauen — und das aus guten Gründen! Die Bemessungsgrundlage der Steuern — es sind ihrer gleich drei — ist nämlich nach wie vor der Umsatz. Nun haften aber der Umsatzsteuer so ziemlich alle Mängel an, die nach der modernen Finanztheorie eine Steuer haben kann. Eine Umsatzsteuer ist vor allen Dingen nie gerecht, damit scheidet sie schon aus den Erörterungen aller Volkswirte als indiskutabel aus. Schließen schon Umsätze in Geschäften verwandter Branchen verschiedene Erträge in sich — denn nur Erträge kann man gerechterweise besteuern wollen — so würde eine Besteuerung einander fremder Branchen auf gleicher Grundlage eine bloße Willkür bedeuten. Es hieße die Leser beleidigen, wollte man Beispiele hierzu anführen. Man darf nach alledem gespannt sein, wie die Einbringer die Gewerbesteuervorlage mit dem Geschäftsumsatze als Bemessungsgrundlage rechtfertigen werden — als Finanzsteuer oder als — Prohibitivsteuer? Es steht heute schon fest: Sie werden Finanzsteuer sagen und Prohibitivsteuer (Einhaltsteuer) meinen. Die große Beunruhigung, die infolge dieser geplanten Steuer in allen kaufmännischen und gewerblichen Kreisen Dresdens herrscht, wird durch die Geheimnistuerei, mit der man die Vorlage behandelt, noch bedeutend erhöht. Was bisher durchgesickert ist, beschränkt sich auf einen Vortrag Dr. Stöckels, der ja bekanntlich der betreffenden Steuerkommission angehört. Eine Vorlage von so einschneidender Bedeutung sollte aber unter allen Um-